

## Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Gleichstellung und Gender  
Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
Verwaltungsmodernisierung  
VIII. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin  
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin  
Telefon 90295 - 5002 / 5003  
Fax 90295 - 6515  
E-Mail [bvv-buero@ba-pankow.berlin.de](mailto:bvv-buero@ba-pankow.berlin.de)  
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordntenversammlung/>  
Berlin, den 03.08.2018

### Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung ein.

**am Mittwoch, 22.08.2018**

**um 17:15 Uhr**

**im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin,  
Fröbelstraße 17**

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der TO
- 2 Bestätigung des Protokolls vom 13.06.2018
- 3 Bericht aus dem BA
- 4 Aktuelles
- 5 "Engagement gegen Rechtsextremismus - Frauen und Rechtsextremismus" (zugesagt: Berit Schröder, [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Vielfalt )
- 6 Vorbereitung der Bürgerinformationsveranstaltung des BA zum Planungsstand am Pankower Tor
- 7 Überwiesene Drucksachen
  - 7.1 Verständliche Sprache - Drucksache: VIII-0265(Anlage: Stellungnahme des Ausschusses SoSeArW)
  - 7.2 IoT Testgebiet für Smart City Pilot-Projekte einrichten - Drucksache: VIII-0438 (Anlage: Stellungnahme des Ausschusses SoSeArW)
  - 7.3 Soziales und ökologisches Konzept zusammen denken beim Bauvorhaben Michelangelostraße Drucksache: VIII-0498
  - 7.4 Einwohnerversammlung zum Bebauungsplan 3-59 (ehemals XIX-48c) - Drucksache: VIII-0556
- 8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Tina Pfaff  
Ausschussvorsitzende



**Drucksache  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin**

**VIII-0265**

**Antrag**

Fraktion der CDU

Ursprung:  
Antrag, Fraktion der CDU

Beratungsfolge:  
13.09.2017 BVV

BVV/009/VIII

**Betreff: Verständliche Sprache**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sein Serviceangebot, insbesondere die Formulare, Anträge und Dokumente, die nicht zentral durch Merkblätter und Fachverfahren vorgegeben sind, unter dem Aspekt der leichten und verständlichen Sprache zu evaluieren und ggf. überarbeiten zu lassen.

Berlin, den 05.09.2017

Einreicher: Fraktion der CDU

Dr. Manja Schreiner, Helmut Kleinschmidt, Johannes Kraft  
und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen
<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<input type="checkbox"/>	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_ federführend  
Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
Verwaltungsmodernisierung  
\_\_\_\_\_ Soziales, Senior\*innen, Arbeit und Wirtschaft  
\_\_\_\_\_

**Begründung:**

2015 führte das Statistische Bundesamt eine repräsentative Zufriedenheitsbefragung bei 1572 Unternehmen zu ihren Behördenkontakten durch. In allen untersuchten Lebenslagen hat die Verständlichkeit des Rechts stets mit am schlechtesten abgeschnitten, wurde aber im Gegenzug als sehr wichtig eingestuft.

Um die Behördendienstleistungen in Pankow näher an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen auszurichten, ist eine gut verständliche Sprache, gerade juristisch relevanter Inhalte, essentiell. Kurze Sätze, einfacher Satzbau und anschauliche Bilder sind beispielsweise Elemente leichter Sprache.

Formulare, Anträge, Unterlagen und Dokumente der Bürger- und Unternehmenskommunikation des Bezirksamts Pankow sollten auf ihre Verständlichkeit untersucht und ggf. überarbeitet werden. Orientierung können dabei die Empfehlungen zu den 100 wichtigsten Dienstleistungen, die mit dem Zentrum für Verwaltungskommunikation Speyer erstellt wurden, geben (siehe Vorlage zur Kenntnisnahme VII-0892 durch das Bezirksamt). Darüber hinaus bietet sich die Unterstützung durch einen außerhalb der Verwaltung tätigen Kommunikationsexperten an.

Vom Prozess auszuklammern wären lediglich solche Formulare, die durch bundes- oder landesweite Fachverfahren vorgegeben sind (siehe Vorlage zur Kenntnisnahme VII-0892 durch das Bezirksamt).

**Betreff:** VIII-0265 "Verständliche Sprache",

Die Drucksache VIII-0265 "Verständliche Sprache", wurde wie folgt besprochen:

Abstimmung:

Dafür:2

Dagegen:9

Enthaltung:4

Text:

Das Bezirksamt wird ersucht, sein Serviceangebot, insbesondere die Formulare, Anträge und Dokumente, die nicht zentral durch Merkblätter und Fachverfahren vorgegeben sind, unter dem Aspekt der leichten und verständlichen Sprache zu evaluieren und ggf. überarbeiten zu lassen.

Begründung:

2015 führte das Statistische Bundesamt eine repräsentative Zufriedenheitsbefragung bei 1572 Unternehmen zu ihren Behördenkontakten durch. In allen untersuchten Lebenslagen hat die Verständlichkeit des Rechts stets mit am schlechtesten abgeschnitten, wurde aber im Gegenzug als sehr wichtig eingestuft.

Um die Behördendienstleistungen in Pankow näher an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen auszurichten, ist eine gut verständliche Sprache, gerade juristisch relevanter Inhalte, essentiell. Kurze Sätze, einfacher Satzbau und anschauliche Bilder sind beispielsweise Elemente leichter Sprache.

Formulare, Anträge, Unterlagen und Dokumente der Bürger- und Unternehmenskommunikation des Bezirksamts Pankow sollten auf ihre Verständlichkeit untersucht und ggf. überarbeitet werden. Orientierung können dabei die Empfehlungen zu den 100 wichtigsten Dienstleistungen, die mit dem Zentrum für Verwaltungskommunikation Speyer erstellt wurden, geben (siehe Vorlage zur Kenntnisnahme VII-0892 durch das Bezirksamt). Darüber hinaus bietet sich die Unterstützung durch einen außerhalb der Verwaltung tätigen Kommunikationsexperten an.

Vom Prozess auszuklammern wären lediglich solche Formulare, die durch bundes- oder landesweite Fachverfahren vorgegeben sind (siehe Vorlage zur Kenntnisnahme VII-0892 durch das Bezirksamt).

Ausschussempfehlung: Der Ausschuss, konnte den Wunsch, Formulare in verständlicher Sprache zu formulieren mehrheitlich nur begrüßen und nachvollziehen. Allerdings hat das BA nahezu keinen Zugriff auf die Änderung Formulare und ist daher der falsche Adressat. Aus diesem Grunde wurde die Drucksache vertagt. Nach erneutem Aufrufen wurden keine Veränderungen an der Drucksache vorgenommen. Die Bedenken nach dem falschen Adressaten blieben bestehen und daher folgte eine negative Beschlussempfehlung. Der Ausschuss bekräftigte noch einmal, dass verständliche Sprache etwas sehr wünschenswertes ist. Der Ausschuss will sich dem Thema weiter widmen, um verständliche Sprache auch tatsächlich vermehrt umzusetzen.



## Antrag

Gruppe der FDP

Ursprung:  
Antrag, Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

21.03.2018 BVV

BVV/014/VIII

### Betreff: IoT Testgebiet für Smart City Pilot-Projekte einrichten

#### Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in einem von der BVV festzulegendem Testgebiet und -zeitraum das Anbringen von internetfähigen Sensoren durch einzelne Bürger, (Hoch-) Schulen, aber auch privaten Unternehmen an und in öffentlichen Gebäuden (Fassaden, Flure, Warteräume, usw.) sowie im Straßenland (an Ampeln, Schildern, Sitzbänken, Werbeflächen, Parkautomaten, etc. ) in Absprache mit allen zu genehmigenden Stellen (Senatsverwaltung, etc.) zu erlauben. Im Gegenzug sollen die Eigentümer und Mitnutzer dieser Sensoren verpflichtet werden, nur nicht Personen bezogene Daten zu erfassen und den Großteil der erhobenen Daten auf der open data Plattform Berlin frei zugänglich zu machen.

Eine neutrale Institution soll bei der konkreten technischen Ausgestaltung unterstützen und die Transparenz des Pilotprojekts sicherstellen. Das Bezirksamt wird daher außerdem ersucht, für diese Testphase eine möglichst kostenneutrale Kooperation mit einer interessierten Forschungseinrichtung zu vereinbaren.

Berlin, den 14.03.2018

Einreicher: Gruppe der FDP  
Dr. Thomas Enge

Begründung siehe Rückseite

#### Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	beschlossen
<input type="checkbox"/>	beschlossen mit Änderung
<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen
<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<input type="checkbox"/>	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Finanzen, Personal und Immobilien  
Soziales, Senior\*innen, Arbeit und Wirtschaft  
Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
Verwaltungsmodernisierung

federführend

**Begründung:**

Das Internet of Things (IoT) ist ein aktueller Trend in der fortschreitenden Digitalisierung unseres Alltags und meint u.a. die Installation von internetfähigen Sensoren im öffentlichen Raum. Mit diesem Testgebiet soll das Potenzial einer intelligenten Vernetzung auf Straßen, Plätzen und Wegen sowie an und in Gebäuden erkundet werden gerade auch im Hinblick auf eine effiziente Nutzung von Energie (Straßenbeleuchtung) und Emissionen (Verkehrslenkung, Parkplatzsuche). Insbesondere im Zusammenspiel mit open data lassen sich diese Daten von einem breiteren Interessentenkreis für neue ortsbezogene Dienstleistungen (Leitsystem durch das Bürgeramt) nutzen.

Das Pilotprojekt soll von einer neutralen Institution (wissenschaftlich) begleitet werden u.a. durch Ausarbeiten von klaren Vorgaben (Datenblatt) für die Nutzer und Eigentümer der Sensoren, insbesondere in Bezug auf Anzahl und konkrete Einsatzorte der Detektoren sowie zur Angemessenheit der Datenerfassung. Im Laufe des Projekts soll außerdem eine Überprüfung der Datenerhebung erfolgen. Somit wird die Kontrolle und Auswertung der Pilotphase gewährleistet.

Bei der Wahl des Testgebietes sollten ein stark frequentierter Ort (z.B. Schönhauser Allee), ein mit Sensoren leicht bestückbares Stück Straßenland (viele Ampeln, Schilder, Parkscheinautomaten, Straßenlaternen, etc.) sowie eine schnelle Umsetzbarkeit (alleinige Zuständigkeit und dadurch einfache Genehmigung) im Fokus stehen.

Die Zielgruppe für dieses digitale Ökosystem ist bewusst breit gehalten, um bereits einzelne Bürger zum Mitmachen für sich und andere Mitbürger im Sinne der Allgemeinheit anzuregen, aber auch damit Schüler und Studenten erste praktische Erfahrung mit IoT Projekten sammeln sowie Start-Ups und Firmen bestenfalls tragende Geschäftsmodelle entwickeln können.

Eine weitreichende Open Data Initiative hat unser Bezirk im vergangenen Jahr bereits auf den Weg gebracht. Folgt nun in einem zweiten Schritt ein IoT Testgebiet, schafft Pankow den Rahmen für zukunftsweisende Smart-City Pilot-Projekte, der die Aufmerksamkeit der IoT Community über den Bezirk hinaus wecken wird.

**Betreff:** VIII-0438 IoT Testgebiet für Smart City Pilot-Projekte einrichten

Hier die Ergebnisse Drucksache: VIII-0438 IoT Testgebiet für Smart City Pilot-Projekte einrichten

Dafür: 1

Dagegen: 9

Enthaltung: 1

Beschlussempfehlung: Durch eine längere Präsentation, wurde der Antrag und das Projekt vorgestellt. Es gab massive Probleme wegen des Datenschutzes und dem enormen Aufwuchs an gesammelten Daten. Der Ausschuss konnte auch die Frage der Umsetzung durch eine Personal- und Finanzdecke nicht zur Zufriedenheit klären. Die Entlastung der Bezirksamtes soll u.a. durch "private partnerships" gewährleistet werden, diese stellen nach Ansicht des Ausschusses eine Parallelstruktur zu den bereits staatlich vorgenommenen Messungen (Umwelt, Verkehr etc.) da. Wer verdient wie an der Datensammlung und wer wertet diese aus? Probleme der Transparenz konnten nicht aus der Welt geschafft werden. Private Anbieter erschienen als unnötig und schwer nachvollziehbar. Smart City und Digitalisierung bedeutet mehr als nur das Sammeln von Daten. Erste Schritte, wie flächendeckendes WLAN wären zuerst umzusetzen, scheitern aber bislang. Es gab arge Bedenken wegen der Frage der Haftung durch die erhobenen Daten. Der Intention des Antrages konnte so nicht gefolgt werden. Nach erneuter Vorlage und einigen Änderungen, konnten die Bedenken des Ausschusses nicht aus der Welt geschaffen werden und es erfolgte eine negative Beschlussempfehlung. Allerdings möchte sich der Ausschuss dem Thema in Gänze zusammen mit der Wirtschaftsförderung und Berlin-Partner widmen und nachvollziehbare und umsetzbare Maßnahmen erarbeiten. Auch wurde der Vorschlag der Wirtschaftsförderung, einen Workshop zu diesem Thema zu anbieten, sehr positiv aufgenommen.



**Drucksache  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin**

**VIII-0498**

**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:  
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:  
06.06.2018 BVV

BVV/016/VIII

**Betreff: Soziales und ökologisches Konzept zusammen denken beim  
Bauvorhaben Michelangelostraße**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, das soziale und das ökologische Konzept für das Bebauungsgebiet an der Michelangelostraße gemeinsam zu denken und dieses auch im laufenden Dialogverfahren und späteren B-Planverfahren einzuspeisen. Dabei soll berücksichtigt werden, dass neben der Mischung verschiedener Wohnnutzungen, Eigentumsformen, altersgerechten und generationsübergreifenden Angeboten vor allem die Umsetzung eines **ökologischen Gesamtkonzeptes** im Vordergrund steht. Hierzu gehören vor allem die Themenbereiche **Energie, Wasser, Grün, Abfall, Baustoffe und Mobilität**. Im Konzept soll außerdem Niedrigstenergie- und Passivhausbauweise, Regenwassermanagement und Dach- und Fassadenbegrünung, Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen bzw. Recyclingmaterialien und angepasste Mobilitätskonzepte bis hin zu autofreien bzw. autoarmen Teilgebieten für Wohnen Berücksichtigung finden.

Berlin, den 29.05.2018

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
BV Cordelia Koch, BV Oliver Jütting, BV Almuth Tharan

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

_____	einstimmig
<b>x</b>	mehrheitlich
<b>41</b>	Ja-Stimmen
<b>1</b>	Gegenstimmen
<b>1</b>	Enthaltungen

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_ **federführend**  
\_\_\_\_\_ Stadtentwicklung und Grünanlagen  
\_\_\_\_\_ Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
\_\_\_\_\_ Verwaltungsmodernisierung



**Begründung:**

Das Bauvorhaben an der Michelangelostraße findet zu großen Teilen auf öffentlichem Grund und durch öffentliche Vorhabenträger statt und ermöglicht dadurch einen hohen Prozentsatz an bezahlbarem Wohnraum. Ein im besonderen Maße sozialer Charakter des Baugebietes kann unter anderem durch ökologische Kriterien erreicht werden, die vom Bezirksamt für das Bauvorhaben Michelangelostraße entwickelt werden sollen.

Ein Wasser- und Regenwassermanagement sowie ein verringerter Energieverbrauch senken die Nebenkosten auch für Bewohner\*innen in finanziell angespannter Situation. Ökologische Baustoffe vermindern das Krankheitsrisiko und tragen zu dem sozialen Charakter des Bauvorhabens bei. Auf und an begrünten Dächern und Wänden kann gegärtnert werden, was zur Versorgung mit gesunden Lebensmitteln beiträgt. Der Tausch von Gartenprodukten oder die gemeinsame Verwertung von Gemüse und Obst kann den sozialen Zusammenhalt stärken helfen.



**Drucksache  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin**

**VIII-0556**

**Antrag**

BV Michael van der Meer  
(Linksfraktion) für Bürgerinnen

Ursprung:  
Antrag, BV Michael van der Meer (Linksfraktion)  
für Bürger\_innen  
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:  
04.07.2018 BVV

BVV/017/VIII

**Betreff: Einwohnerversammlung zum Bebauungsplan 3-59 (ehemals XIX-48c)**

**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin unterstützt den Antrag von Henry Merker zur Durchführung einer Einwohnerversammlung zum Bebauungsplan 3-59 - Ludwig-Quidde-Straße im Bezirk-Pankow, Ortsteil Französisch-Buchholz.

Berlin, den 27.06.2018

Einreicher: BV Michael van der Meer (Linksfraktion)  
für Bürger\_innen

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

beschlossen  
 beschlossen mit Änderung  
 abgelehnt  
 zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<b>48</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung und Grünanlagen  
Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
Verwaltungsmodernisierung

federführend

**Begründung:**

Gemäß § 42 BezVerwG können zur Erörterung von wichtigen Bezirksangelegenheiten mit der betroffenen Einwohnerschaft Einwohnerversammlungen durchgeführt werden. Diese werden vom Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung einberufen, wenn die Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag eines Einwohners zur Durchführung einer Einwohnerversammlung von einem Drittel der Mitglieder der BVV unterstützt wird. Dem entspricht auch die Geschäftsordnung der BVV in § 27.

Ein entsprechender Antrag wurde beim Bezirksverordnetenvorsteher von Herrn Henry Merker eingebracht.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung,  
Verwaltungsmodernisierung am: 22.08.2018

Beginn: 17:15 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Falaknaz, Tannaz - SPD -

---

Jütting, Oliver - Bü 90/Grüne -

---

Kleinschmidt, Helmut - CDU -

---

Dr. Koch, Cordelia - Bü 90/Grüne -

---

Kretschmer, Stefan - AfD -

---

Lehmann, Marie-Therése - Linke -

---

Meer, Michael van der - Linke -

---

N.N., AfD - AfD -

---

Pfaff, Christina - Linke -

---

Unger, Annette - SPD -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

Gerecke, Anja - SPD -

---

Küster, Rouven - CDU -

---

Borgschulte, Svenja - Bü 90/Grüne -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
--------------------------	--------------	-----------

Heymann, Tobias - Bü 90/Grüne -

---

Neumann, Robert - CDU -

---

Waßmuth, Melissa - SPD -

BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
-------------	--------------	-----------

Benn, Sören - Linke -  
Bezirksbürgermeister

---

